Um Wee zu enger Biirgergesellschaft - verstäerkte Biirgerbedeelegung als kommunal Erausfuerderung

November 1999

Um Wee zu enger Biirgergesellschaft - verstäerkte Biirgerbedeelegung als kommunal Erausfuerderung

"Nohalteg Entwécklung" sowie "Dialog mam Bürger" sind Oberbegriffe, die die jetzige Regierungs- und Gemeindepolitik gemäß offiziellen Aussagen in Zukunft prägen **sollen.**

Ein solches Leitbild wird sich jedoch **nicht** von selbst ergeben - es ist vielmehr **unerläßlich,** sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene die Strukturen und Voraussetzungen für eine weitergehende Bürgerbeteiligung zu gewährleisten.

In der Praxis hat eine konsequente Bürgerinnenbeteiligung manche Hemmschwellen zu überwinden. Gründe hierfür sind u.a., daß:

- ***das Konzept der Bürgerbeteiligung und -mitwirkung, d.h. eines offenen Dialoges zwischen gewählten politischen Vertreterinnen und BürgerInnen, sich in Luxemburg nur auf eine begrenzte politische Tradition stützen kann;***
- ***Gemeindeverantwortliche vielfach einen Machtverlust befürchten und in direkteren Mitwirkungsformen teilweise eine "Konkurrenz" zur representativen Demokratie sehen;***
- ***vielfach unklar ist, wie Bürgerinnen zur Mitarbeit aktiviert werden können;***
- ***bei vielen Bürgerinnen ein Zeitmangel für ein Engagement besteht;***
- ***Ziele, Sinn und Zweck der Bürgerinnenbeteiligung häufig eher diffuser Natur sind;***
- ***die Rahmenbedingungen, die eine aktive Bürgerbeteiligung ermöglichen, nur begrenzt geklärt sind;***
- ***viele Bürgerinnen glauben, sie hätten kein ausreichendes Wissen und verfügten nicht über genügende Erfahrungen, um aktiv am Gemeindegeschehen mitarbeiten zu können;***
- ***die Motivation bei den Teilnehmerinnen z.T. schnell nachläßt und nicht immer gewußt ist, wie gegensteuern,***
- ***Bürgerinnen und gesellschaftliche Akteurinnen nicht gewohnt sind, sich auseinanderzusetzen, unterschiedliche Positionen zu akzeptieren und sich dennoch einigen zu können.***

An der Schwelle eines neuen Jahrtausends dürfte die Frage der Weiterentwicklung partizipatorischer Strukturen sowohl auf nationalem als **auch** auf lokalem Plan eine der gesellschaftlichen Herausforderungen "par excellence" darstellen.

Die Förderung einer politischen Streitkultur, eines stärkeren Interesses der BürgerInnnen an gesellschaftspolitischen Fragestellungen, die Notwendigkeit der Stärkung der Zivilgesellschaft u.a.m. sind entsprechend auch Leitbilder, die auf einen breiten gesellschaftspolitischen Konsens stoßen. Diese Entwicklung wird sich aber nicht von alleine machen sondern bedarf des erklärten politischen Willens sowie der geeigneten Rahmenbedingungen.

Das vorliegende Dokument soll zu der notwendigen Bewußtseinsbildung einen konstruktiven Beitrag leisten.